

Stillstand statt Fortschritt

Selten wurde Betroffenheit im Stadtrat so deutlich artikuliert wie am Montag: Der Frust darüber, dass es mit dem Neustart für die Einweisungsgebiete nicht vorangeht, ist groß. Die Pandemie und Personalprobleme bremsen den Prozess.

VON STEFFEN GIERESCHER

„Das ist hochgradig unbefriedigend.“ Die deutlichsten Worte für den aktuellen Stillstand fand SPD-Sprecher David Guthier. „Ich will nicht mehr hören, dass etwas nicht geht. Ich will hören, dass etwas geht“, sagte er an die Adresse von Bau- und Umweltdezernent Alexander Thewalt (parteilos) gerichtet. Thewalt hatte zuvor erklärt, dass sich die Aufstellung eines Baukonzepts um ein Jahr verzögern werde. Laut Bereichsleiter Rainer Bernhard ist das den Umständen der Pandemie, der hohen Arbeitsbelastung, aber auch Personalproblemen geschuldet. Gleich zwei Projektleiterinnen, eine nach nur drei Monaten im Amt, hätten zuletzt aus privaten Motiven gekündigt. Die eine habe eine Stelle bei einem Münchener Architekturbüro angenommen, die andere sei aus familiären Gründen in ihre Heimat nach Ostdeutschland gezogen. Er hoffe, dass die ausgeschriebene Stelle bis Jahresende besetzt werden könne. Erst danach sei an eine Fortsetzung des 18-Millionen-Euro-Projekts zu denken.

Trotz aller Schwierigkeiten könne es am Ende des Tages nicht sein, dass die Schwächsten der Gesellschaft darunter leiden, ließ sich Guthier nicht beruhigen. „Wir stehen da in der Pflicht.“ Immerhin sei der Antrag für ein Sozial- und Baukonzept für die Einweisungsgebiete Bayreuther- und Kropsburgstraße von SPD und CDU bereits vor vier Jahren angeschoben worden. „Das ist verlorene Zeit ohne Ende“, sagte er zum aktuellen Stillstand. Er regte an, die Wohnungsbaugesellschaft GAG mit ins Boot zu holen. In der nächsten Sitzung des Bau- und Grundstücksausschusses solle die Verwaltung vorlegen, wie es konkret weitergehe, forderte Guthier. Beim Thema GAG winkte Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck (SPD) ab, da das kommunale Immobilienunternehmen derzeit so viel baue wie nie und an seine Kapazitätsgrenzen stoße. Würde sich die GAG einklinken, müsste sie andere Projekte opfern. Peter Uebel (CDU) unterstützte



Bayreuther Straße: 18 Millionen Euro sollen dort in Renovierungen und Neubauten gesteckt werden. FOTO: MORAY

Guthiers Forderung, beim Baukonzept zügig nachzubessern. „Wir sind entsetzt über die Ausführung und den Zeitplan“, kommentierte er den Stand der Dinge. „In den Einweisungsgebieten herrscht Armut, dort leben psychisch Kranke, dort sterben Menschen. Wir müssen da dringend tätig werden und für menschenwürdige Wohnbedingungen sorgen. Das Ganze darf nicht zum Spielball von einem Stellenplan werden“, betonte Uebel.

„Bin total geschockt“

Bestürzt äußerten sich auch Vertreter anderer Fraktionen: „Ich bin total geschockt“, sagte Gisela Witt (Grüne im Rat). „Das ist ein Trauerspiel“, meinte Thomas Schell (FDP). „Die Verhältnisse vor Ort stehen der Stadt nicht gut zu Gesicht.“ Rainer Metz (FWG) sagte: „Der Fachkräftemangel macht sich auch bei der Stadt bemerkbar.“ Liborio Ciccarello (Die Linke) lobte die klare Haltung von SPD und CDU. Die Umsetzung der Konzeption sei keine Frage des

Könnens, sondern eine Frage des Willens, kritisierte er die Verwaltung. Raik Dreher (Grünes Forum und Piraten) forderte dazu auf, „eine ehrliche Debatte zu führen, weil die Pläne schon damals sehr ambitioniert waren“. Fraktionskollege Heinz Zell war weniger verständnisvoll: „Das noch ein Jahr und noch ein Jahr vergeht, ist mehr als deprimierend.“ Zumal „die Erwartungshaltung der Menschen vor Ort sehr groß ist“, wie Sozialdezernentin Beate Steeg (SPD) berichtete.

„Ich bin auch deprimiert“, räumte Bereichsleiter Bernhard ein, versicherte aber, dass sein Team „mit Herzblut“ bei der Sache sei und versuche, alle Aufgaben gründlich abzuarbeiten. „Wir wollten liefern und sollten liefern, da haben Sie völlig recht. Aber wir schaffen es nicht“, meinte Dezernent Thewalt im Pfalzbau-Konzertsaal. Ihm sei es darum gegangen, nichts zu vertuschen, sondern die Lage schonungslos offen darzustellen. Im Bauausschuss am 30. August sollen die nächsten Schritte nun präzisiert werden.

ZUR SACHE

Das Konzept für die Einweisungsgebiete

Die Neuplanung für die städtischen Einweisungsgebiete, wo gut 500 Menschen unter teils unwürdigen Verhältnissen hausen, umfasst ein Sozial- und ein Baukonzept. Dass sich in den Gebieten für Wohnungs- und Obdachlose etwas ändern muss, hatte der Stadtrat schon im April 2017 auf den Weg gebracht und der Verwaltung einen Prüfauftrag erteilt. Mit dem Sozialkonzept sollen Wohnungslose dabei unterstützt werden, aus den Notunterkünften in der Bayreuther Straße (West) und Kropsburgstraße (Mundenheim) aus- und in ein eigenes Zuhause einzuziehen. Ihnen soll ein möglichst selbstständiges Leben ermöglicht werden. Projektpartner der Stadt sind das evangelische Diakoniewerk Zoar und die Wohnungsbaugesellschaft GAG. Die Menschen in beiden Gebieten sollen laut Sozialdezernentin Beate Steeg (SPD) längerfristig ambulant vor Ort unterstützt werden. Außerdem wird die GAG Wohnungen zur Verfügung stellen, wobei die Stadt für zunächst zwei Jahre das Mietverhältnis und damit auch die Mietkosten übernimmt. Eine weitere Komponente sind bauliche Veränderungen. Langfristig soll das Gebiet in Mundenheim wegfallen. In der Bayreuther Straße (rund 300 Bewohner) sollen rund 18 Millionen Euro investiert werden – dafür sollen die sogenannten weißen Blöcke saniert und die roten Blöcke abgerissen und durch Neubauten ersetzt werden.

In einem ersten Zeitplan war von 2023 für die Ausschreibung und Vergabe der Bauarbeiten die Rede. Umgebaut werden könnte demnach frühestens ab 2024. Dieser Zeitplan ist jetzt erst mal hinfällig. In der Bayreuther Straße stehen zwei Wohnkomplexe, in der Kropsburgstraße (etwa 200 Bewohner) sind Menschen in drei Mehrgeschossbauten untergebracht. In der Flurstraße gibt es – nach einigen Abrissen – nur noch ein teilweise bewohntes Reihenhäuser. In den Einweisungsgebieten leben Personen, die von Obdachlosigkeit bedroht waren und deshalb dort untergebracht wurden. Es handelt sich nicht um Mietverhältnisse. Die Bewohner sind nach dem Polizei- und Ordnungsbehördengesetz untergebracht und zahlen eine Nutzungsentschädigung. Am 24. August 2020 hatte der Stadtrat die Neukonzeption abgesegnet. |jer

KOMMENTAR

Ein Armutszeugnis

VON STEFFEN GIERESCHER

Das entwaffnend ehrliche Scheitern offenbart den Wahnsinn des Alltags in der Stadtverwaltung.

Kapitulation auf offener Bühne: Zu wenig Personal, zu hohe Belastung, eine immer größere Verdichtung der Arbeit und der wachsende Spardruck. Wie soll das gutgehen? Ob in der Verwaltung oder anderswo. Es nützt wenig, sinnvolle Projekte anzuschieben, wenn sie sich nicht umsetzen lassen. Die schlechten Bedingungen in den Einweisungsgebieten sind schon seit zwei Jahrzehnten ein Thema. Die Nachricht vom Montag dürfte die Menschen vor Ort schwer enttäuschen. Für die Stadt ist das ein Armutszeugnis und (für uns alle) ein Schuss vor den Bug.